

Ein Bürger macht sich für Kleine stark

Nationalratswahlen Vor 100 Jahren brach das Proporzwahlverfahren die freisinnige Dominanz. Für den Frauenfelder Ingenieur Thomas Schweizer ist es an der Zeit, die Benachteiligung der kleinen Parteien endgültig zu beseitigen.

Thomas Wunderlin
thomas.wunderlin@thurgauerzeitung.ch

Als Maschinenbauingenieur entwickelt Thomas Schweizer hochpräzise Spannmittel, mit denen Metallstücke zur Bearbeitung fixiert werden. In seiner Freizeit beschäftigt sich der 50-jährige Bewohner eines Lofts in der Frauenfelder Walzmühle damit, die Parteienstärke im Nationalrat präziser abzubilden.

Das geltende Verfahren, das nach dem Basler Physiker Eduard Hagenbach-Bischoff benannt ist, bevorzugt die grossen Parteien. So hat die SVP 2015 mit 29,4 Prozent der Stimmen 32,5 Prozent der Sitze gewonnen, womit sie sechs Sitze mehr erhielt, als ihr nach ihrem Wähleranteil zustünde. Die zweitgrösste Partei, die SP, hat fünf Sitze zusätzlich. Unterrepräsentiert sind kleinere Mitteparteien und die Grünen. «Beim Proporzwahlverfahren stimmt der Name nicht», sagt Schweizer. Die Bevorzugung der Grossen trage zur Polarisierung der Schweizer Politik bei und die Konsensfindung, die in einer Demokratie notwendig sei, werde erschwert.

Alternatives Wahlverfahren im Internet publiziert

Politisch interessiert ist Schweizer seit seiner Jugend in Wiesen- dängen. Abstimmungen und Wahlen hat er noch nie verpasst, wie er sagt. Mitglied einer Partei ist er nicht, hegt aber Sympathien für die Grünliberalen. Drei Jahre hat er an der Berechnung eines alternativen Wahlverfahrens gearbeitet. Schweizer nennt es Minimal-Differenz-Proporzwahlverfahren. Veröffentlicht hat er es im Internet in einer 229-seitigen PDF-Datei (www.autor-ch.ch). Sie enthält zahlreiche Tabellen, in denen verschiedene Wahlverfahren verglichen werden. Die Lesbarkeit wird durch die Verwendung zahlreicher Abkürzungen



Thomas Schweizer setzt sich beruflich und politisch für Präzision ein.

Bild: Donato Caspari

«Das Stimmvolk wird
hinters Licht
geführt.»

Thomas Schweizer
Wahlforscher

Systemänderung abzuschaffen: Dadurch würden die grossen Parteien noch mehr bevorzugt.

In verschiedenen Kantonen sichert der «doppelte Pukelsheimer» die vom Bundesgericht verlangte angemessene Repräsentation der Parteien. Bei den Nationalratswahlen würde dieses Verfahren einen Ausgleich unter den Kantonen verlangen, was Schweizer ablehnt. Da er das föderalistische System befürwortet, stört es ihn auch nicht, dass im Ständerat die Parteien noch viel ungenauer als im Nationalrat repräsentiert werden.

Kantone experimentierten lange mit Proporzwahlen

In seiner Internetpublikation räumt Schweizer ein, dass die 1919 eingeführte Proporzwahl ein «Meilenstein in der Geschichte der Schweiz» war, indem die starke Bevorzugung der grossen Parteien durch das Majorverfahren eliminiert wurde. Von zuvor 102 Sitzen blieben den Freisinnigen damals noch 60. Im Gegensatz zu seiner Darstellung geht der Proporz nicht auf den Landesstreik von 1918 zurück. Das kann schon deshalb nicht sein, weil die Proporzwahl-Initiative einen Monat vor dem Landesstreik angenommen wurde. Zuvor hatten die Kantone während Jahrzehnten mit Proporzsystemen experimentiert.

Kleine Parteien interessieren sich für ein verbessertes System

Die Kritik an der Bevorzugung der grossen Parteien wird von kleineren Parteien unterstützt. Das heutige Wahlsystem «ist extrem unfair», schreibt **Jürg Grossen**, Präsident der Grünliberalen Partei Schweiz. «Wir begrüssen eine Debatte darüber, wie man dieses verbessern könnte. Ziel muss sein, dass die Parteien möglichst gemäss ihrem Wähleranteil im Parlament vertreten sind.» Grossen räumt in einem Mail an den Frauenfelder Wahlmathematiker Thomas Schweizer ein, dass ihm die Zeit fehlt, Schweizers umfangreiches Werk zu studieren.

Kurt Egger, Präsident der Thurgauer Grünen, findet auch, dass die grossen Parteien jetzt bevorzugt werden: «Was nicht weiter erstaunlich ist, da die grossen Parteien in der Regel auch die Mehrheit haben und somit das Wahlrecht bestimmen können.»

Nur noch zwei Sitze für die SVP Thurgau wären prozentual zu wenig, sagt dagegen **Ruedi Zbinden**, Präsident der SVP Thurgau: «Ich wüsste nicht, wieso wir ein Interesse daran haben sollten.» Das gegenwärtige System könne nicht so schlecht sein, wenn es so lange funktioniert habe.

Der Politologe und Proporz-Experte **Daniel Bochsler** analysierte unter anderem die Listenverbindungen der Nationalratswahlen 2015. Er bedauert, Schweizers Arbeit nicht kommentieren zu können: «Es tut mir leid, aber einen solchen Text derart genau zu lesen, das ich ihn in der Medienöffentlichkeit kommentieren könnte, das würde unglaublich aufwendig.» Die These von der Benachteiligung der Kleinen werde von den meisten Politologen geteilt: «Aber welche Alternativen in Frage kommen, das ist eine komplexere Frage.» (wu)

erschwert. Nach Schweizers Berechnung hätten die SVP und die SP mit seinem System 2015 nur je einen Sitz zu viel gewonnen. Im Thurgau hätte sich nichts geändert. Hier hätten allerdings 2011 die SVP nur zwei statt drei Sitze erhalten, die GP anstelle der GLP einen Sitz gewonnen und die FDP ihren Sitz nicht verloren.

Hagenbach-Bischoff hatte einen Kniff angewandt, um den Parteien möglichst in der ersten Verteilung alle Sitze zuzuweisen; dafür hatte er die Zahl der zu verteilenden Sitze um eins erhöht. Schweizer verzichtet auf diesen Kniff. Ausserdem lässt er Listenverbindungen nur innerhalb einer Parteienfamilie zu. Er warnt davor, Listenverbindungen ohne

Der Biber und ein parlamentarisches Luusbuebetrickli

Parlament Der Biber soll doch nicht abgeschossen werden dürfen. Das hat der Ständerat «in allerletzter Sekunde» beschlossen. Roland Eberle (SVP, TG) ist verärgert, dass im Differenzbereinigungsverfahren Differenzen geschaffen wurden, die vorher nicht bestanden hatten.

«Das war kein Buebetrickli, sondern ein Luusbuebetrickli.» Das sind die Worte von Roland Eberle. Man meint, das Kopfschütteln des Thurgauer SVP-Ständerates am Telefon zu spüren. Sein Unmut ist auf jüngste Vorgänge unter der Bundeshauskuppel zurückzuführen.

Begonnen hatte es allerdings mit einem seltenen Erfolg. Vor wenigen Jahren hiessen National- und Ständerat eine Ständesinitiative aus dem Thurgau gut. Diese beinhaltete zwei Forderungen: Biberschäden sollen von Bund und Kanton übernommen werden. Zudem soll die Population des Wildtiers reguliert werden

dürfen. Auslöser dafür war die wachsende Nagetierpopulation zwischen Bodensee und Hörnli, die vermehrt zu Konflikten führte. In Bern sagte man sich: Packen wir diese Forderungen in die Revision des Jagdgesetzes, die ohnehin ansteht. Die zuständigen Kommissionen wie auch die beiden Räte stimmten dem Ansinnen aus dem Thurgau zu. Dann kam der Wolf dem Biber in die Quere. Denn: Das neue Gesetz sollte auch die Grundlage schaffen, damit Wölfe abgeschossen werden dürfen, bevor sie Schaden anrichten. Darauf pochen vor allem die Wolfskantone Wallis und Graubünden.

Doch Naturschutzorganisationen wehren sich gegen die Schwächung des Artenschutzes. Seit Monaten drohen sie mit einem Referendum. Befürworter des Wolfabschusses befürchteten,



Roland Eberle, Thurgauer SVP-Ständerat.
Bild: Key

dass der «herzige Biber» das ganze Gesetz zu Fall bringen könnte. Ihr Kalkül: Eine Referendumsabstimmung ist ohne Biber leichter zu gewinnen. «Sie wollten möglichst viel Ballast abwerfen», sagt Roland Eberle.

Doch der Gesetzgebungsprozess war schon weit fortgeschritten. Einzig die Differenzbereinigung stand noch bevor. Doch in der Biberfrage gab es eigentlich keine Differenzen. Eigentlich, denn in der ständerätlichen Kommission wurde «handstreichartig» ein Antrag gutgeheissen, der den Biber wieder aus dem Gesetz kippen wollte. Auch die nationalrätliche Schwesterkom-

mission zog mit. Alles geschah «in allerletzter Sekunde», wie Eberle sagt. Pikantes Detail: Eberle präsidiert die zuständige Ständeratskommission. «Der Antrag wurde ohne mein Wissen organisiert.» Eberle ärgert sich: «In der Differenzbereinigung öffnet man normalerweise keine inhaltliche Debatte mehr.» Das sei nicht statthaft. Ordnungspolitisch fragwürdig. Gerade in der kleinen Kammer, die normalerweise den «Frevel» des Nationalrates ausbügele.

«Ich weiss beim besten Willen nicht, wie ich diesen Rückwärtssalto zu Hause im Thurgau erklären soll», sagte Eberle in der

Debatte. Am meisten stört ihn, dass die Ständesinitiative aus dem Thurgau «auf diesem Weg abgetischt wird». «Das Einzige, das wir retten konnten, ist die Entschädigung bei Biberschäden», sagt Eberle. Nun stehen er und seine Ständeratskollegin Brigitte Häberli-Koller (CVP) in Kontakt mit der Thurgauer Regierung. «Cornelia Komposch hat uns versichert, dass sie eine pragmatische Thurgauer Lösung prüfen wird», sagt Eberle. «Das Problem ist noch nicht aus der Welt geschafft.»

Sebastian Keller
sebastian.keller@thurgauerzeitung.ch